



**Anfragen zum Plenum zur Plenarsitzung vom 10.12. bis  
12.12.2024  
– Auszug aus Drucksache 19/4445 –**

**Frage Nummer 14**

**mit der dazu eingegangenen Antwort der Staatsregierung**

Abgeordneter  
**Ulrich  
Singer**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, ob ihr – seit dem Verbot der „Gendergerechten Sprache“ – Beschwerden von Mitarbeitern öffentlicher Einrichtungen vorliegen, dass nach wie vor in irgendeiner Art Druck oder Zwang ausgeübt wird, damit Mitarbeiter weiterhin die „Gendergerechte Sprache“ verwenden sollen, falls ja, wann und wo fanden diese Vorkommnisse statt und wie wurde vonseiten der Staatsregierung darauf reagiert?

**Antwort des Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration**

Statistische Erhebungen zum angefragten Themenkreis finden nicht statt. Eine händische Erhebung im Bereich der Staatsregierung zu derartigen Sachverhalten einschließlich weiterer Informationen (wann, wo, welche Reaktion der Staatsregierung), war mit hinreichender Verlässlichkeit in der im Rahmen der Beantwortung der vorliegenden Anfragen zum Plenum zur Verfügung stehenden Zeit nicht möglich. Auch unter besonderer Berücksichtigung des sich aus Art. 13 Abs. 2, 16a Abs. 1 und 2 der Bayerischen Verfassung ergebenden parlamentarischen Fragerechts kann eine umfangreiche manuelle (Einzel-)Auswertung von Datenbeständen daher nicht erfolgen.